Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5288

16. 07. 96

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS — Drucksache 13/5166 —

Der rechtsextreme „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V." und eine Grußbotschaft eines Landesministers

Am 8. August 1992 gründete sich in Husum der rechtsextreme „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e. V." Er ist eingebunden in das Geflecht der vom rechtsextremen Verleger Dietmar Munier gegründeten Vereine, die im russischen Teil des ehemaligen Ostpreußens durch Ansiedlungen von Rußlanddeutschen deutsche Gebietsansprüche auf diese Region demonstrieren wollen. Er ist der bundesdeutsche „Unterstützerverein und Schwesterverein" des in Rußland registrierten „Rußlanddeutschen Kulturvereins Trakehnen". Bereits am 26. August 1992 wurde durch Bescheinigung des Finanzamtes München der „Schulverein" als gemeinnützig anerkannt.

Der „Schulverein" soll den Aufbau einer deutschen Schule in Trakehnen unterstützen und begleiten. Er agiert mit streng ausgerichteter nationalistischer und chauvinistischer Ideologie. Das Schulprojekt ist Teil von Aktivitäten, die Dietmar Munier folgendermaßen umschreibt: Wir haben eine Initiative gestartet, „durch Ansiedlung Rußlanddeutscher in Nordostpreußen neue Fakten für eine deutsche Perspektive unserer Ostprovinz zu schaffen" (Rundschreiben 1/1992 der „Aktion Deutsches Königsberg"). Es ist ein Projekt, das eingebettet ist in einer Konzeption der „stillen" stückweisen Rückgewinnung Ostpreußens.

Das Bundesministerium des Innern hatte die Aktivitäten des Verlegers Munier im ehemaligen Nordostpreußen bereits 1993 als rechtsextreme Bestrebungen aufgelistet (Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 1993, S. 150).

Trotzdem kann der „Schulverein" auf beachtliche Unterstützung durch die Vertriebenenverbände und aus dem konservativen Spektrum verweisen.

So unterstützten den „Schulverein" u. a. Emil Schlee (Pommersche Landsmannschaft), Richard Eichler (Sudetendeutsche Landsmannschaft), Christian Stoll (Landsmannschaft der Oberschlesier), Herbert Fleißner (Witikobund), Wolfgang Thüne (Landsmannschaft Ostpreußen), Ortwin Lowack (Landsmannschaft Schlesien [vgl. Deutsche Schule Trakehnen 1/96]).

Der Bundessprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen", Wilhelm von Gottberg, verteidigte gar die Tätigkeit von Muniers Verein im nördlichen Ostpreußen: Nachdem das Auswärtige Amt in einem Bericht über rechtsextreme Aktivitäten Muniers gesprochen hatte, setzte sich Wil-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 13. Juli 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

helm von Gottberg im „Ostpreußenblatt" vehement für Munier ein (vgl. „Ostpreußenblatt" 13/95).

Anläßlich der Jahreshauptversammlung 1995 schickte neben einer ganzen Reihe namhafter Rechtsextremisten wie Rudolf Krause, Gustav Sichelschmidt etc. auch Steffen Heitmann, Staatsminister im Sächsischen Staatsministerium der Justiz, eine Grußbotschaft an den Verein, in der er den Mitgliedern „ein gutes Gelingen" wünscht und ihnen für ihre „wichtige kulturelle Tätigkeit" seine „Anerkennung" ausspricht (Deutsche Schule Trakehnen 1/96).

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e. V."?

Der „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e. V." wurde auf Initiative des deutschen Rechtsextremisten Dietmar Munier, der die Wiederansiedlung von Rußlanddeutschen in der Oblast Kaliningrad betreibt, gegründet.

2. Wie viele Mitglieder hat der Verein?

In einem Rundschreiben (Nr. 2/94) der „Arndt-Buchdienst/Europa-Buchhandlung", deren Inhaber Dietmar Munier ist, ist von 600 fördernden Mitgliedern die Rede.

3. Welche Ziele verfolgt der Verein?

Eigenen Angaben des Vereins von Anfang 1995 zufolge hat er zum Ziel:

- den Aufbau von deutschem Schulunterricht für Schulpflichtige und Erwachsene sowie die Errichtung und Unterhaltung von Schulen,
- die Errichtung und Unterhaltung von Volksbildungszentren mit deutschen Bibliotheken sowie die Durchführung von volksbildenden Veranstaltungen,
- den Aufbau von Berufsausbildung für Jugendliche und berufliche Fortbildung für Erwachsene sowie die Errichtung und Unterhaltung von beruflichen Aus- und Fortbildungsstätten.

4. In welche Zielgruppen und mit welchem Erfolg versucht der Verein hineinzuarbeiten?

Hinsichtlich der Zielgruppe wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Ein Erfolg des Vorhabens der Wiederansiedlung von Rußlanddeutschen ist – im Hinblick auf den niedrigen Anteil der Rußlanddeutschen von weniger als einem Prozent an der Gesamtbevölkerung der Oblast Kaliningrad – unwahrscheinlich.

5. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Unterstützung des Vereins durch die „Landsmannschaft Ostpreußen"?

Keine.

6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Verteidigung des Vereins durch den Bundessprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen", Wilhelm von Gottberg, bzgl. einer Einstufung des Schulvereins als rechtsextrem durch das Auswärtige Amt (vgl. „Ostpreußenblatt" 13/95)?

   Hat der Bundessprecher der Landsmannschaft ggf. förmlich beim Auswärtigen Amt protestiert?

Die Stellungnahme des Bundessprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, in der Ausgabe Nr. 13 des „Ostpreußenblattes" vom 1. April 1995 ist bekannt.

Mit Schreiben vom 27. März 1995 wandte sich Herr von Gottberg an Bundesminister Dr. Klaus Kinkel und kritisierte, daß das Auswärtige Amt sich unter Bezugnahme auf die Tätigkeit des Kieler Verlegers Dietmar Munier besorgt über rechtsextreme deutsche Aktivitäten im Gebiet Kaliningrad geäußert habe, womit seiner Auffassung nach den Interessen der heimatvertriebenen Ostpreußen geschadet werde. Herr von Gottberg stellte dabei gleichzeitig fest, die Landsmannschaft habe keine Veranlassung, sich in besonderer Weise vor Dietmar Munier zu stellen.

Bundesminister Dr. Klaus Kinkel wies die Vorwürfe mit Schreiben vom 4. April 1995 zurück. Dabei wies er darauf hin, daß rechtsextreme Aktivitäten Deutscher im Ausland selbstverständlich Anlaß zur Sorge sein müßten, da sie geeignet seien, das Bild Deutschlands im Ausland zu schädigen. Er sehe jedoch nicht, wie dadurch die Interessen der heimatvertriebenen Ostpreußen beeinträchtigt würden.

7. Wie reagiert die Bundesregierung angesichts der Grußbotschaft von Staatsminister Steffen Heitmann im Hinblick auf die „Informationsgruppe zur Beobachtung und zur Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Straftaten" (IGR), falls Staatsminister Steffen Heitmann Mitglied dieser Informationsgruppe ist?

Die Bundesregierung nimmt zu Äußerungen von Mitgliedern der Landesregierungen grundsätzlich nicht Stellung.

8. Hat der „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V." jemals Mittel aus dem Bundeshaushalt (ggf. über den Bund der Vertriebenen oder die „Landsmannschaft Ostpreußen") erhalten und wenn ja, wann, in welcher Höhe und für welche Zwecke?

Eine Vergabe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt an den „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e. V." konnte nicht festgestellt werden.

Nach Auskunft des Bundes der Vertriebenen hat der „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e. V." auch weder über den Bund der Vertriebenen noch über die Landsmannschaft Ostpreußen jemals Mittel erhalten.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333